



Frank-Walter Steinmeier

„Wir müssen wieder lernen, für Demokratie zu streiten“

Rede nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten
im Deutschen Bundestag am 22. März 2017

Including English translation



Der Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier

„Wir müssen wieder lernen, für Demokratie zu streiten“

Rede nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten
im Deutschen Bundestag am 22. März 2017



Der Bundespräsident

Lieber Joachim Gauck: Ich glaube, Sie selbst haben das ja in den vergangenen Tagen gespürt, diese Welle von Sympathie, die Sie getragen hat bei Ihren Abschiedsreisen, bei Ihren Auftritten überall. Und Ihre gerade verklungenen Abschiedsworte haben es den Deutschen nochmal eindrucksvoll vor Augen geführt: Sie haben das Amt des Bundespräsidenten tief geprägt und darüber unserem ganzen Land einen republikanischen, einen aufgeklärten Stolz vermittelt. Wenn nicht jeder wüsste, wofür der Bundespräsident kraft unserer Verfassung steht – Sie haben es in Ihrer Amtsführung gezeigt, mit Klugheit, mit Charme! Sie haben die Einheit des Staates verkörpert und befördert, einschließlich all dessen, wofür unser Gemeinwesen steht und weltweit geachtet wird: Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Lieber Herr Gauck, bei Ihrer Wahl vor fünf Jahren haben Sie hier in diesen Plenarsaal gerufen: „Was für ein schöner Sonntag!“ Mit Blick auf all das, was Sie gemeinsam mit Daniela Schadt für unser Land getan haben, darf ich heute zu Ihrem Abschied auch sagen: „Was für ein wehmütiger Mittwoch!“ Wir alle wollen Ihnen beiden heute von Herzen danken und diese Dankbarkeit bleibt!

Aber nicht nur die Dankbarkeit bleibt. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verteidigen – auch die Aufgabe bleibt!

Umso mehr in einer Zeit, in der alte Gewissheiten ins Wanken geraten. Viele fragen: Wie fest sind die Fundamente der Demokratie? Hat der Westen als Modell eine Zukunft? Wohin treibt Europa?

Unser Blick geht zu den Wahlen in Frankreich, nach Russland, in die USA, aber in diesen Tagen ganz besonders in die Türkei!

Viel steht auf dem Spiel für die Türkei, aber auch für das Verhältnis der Türkei zu uns. Wir versuchen, uns unser Urteil nicht allzu einfach zu machen: Wer die Türkei vor 30 Jahren oder mehr bereist hat, kam in ein rückständiges Land. Die Menschen waren arm, Millionen verließen ihre Heimat auf der Suche nach Arbeit in ganz Europa. Heute ist die Türkei ein anderes Land. Sie hat eine Phase von wirtschaftlichem Aufbau und Reformen erlebt und – ich glaube, niemand

wird leugnen – zwischendurch auch eine Periode der Annäherung an Europa. All das haben wir Deutsche gewürdigt und unterstützt. Dem Weg, den die Türkei in zwei Jahrzehnten nahm, fühlten wir uns sogar besonders verbunden – auch wegen der vielen Menschen türkischer Abstammung, die in Deutschland leben, arbeiten und hier zuhause sind.

Und weil das alles so ist, schauen wir auf die Türkei von heute nicht mit Hochmut und Besserwisserei. Wir wissen um die Lage der Türkei in Nachbarschaft der großen Krisenregionen Irak und Syrien. Wir verurteilen den versuchten Militärputsch im vergangenen Sommer. Aber: Unser Blick ist von Sorge geprägt, dass all das, was über Jahre und Jahrzehnte aufgebaut worden ist, zerfällt! Diese Sorge ist es, die meinen Appell leitet: Präsident Erdoğan, gefährden Sie nicht das, was Sie mit anderen selbst aufgebaut haben! Glaubwürdige Signale der Entspannung sind willkommen. Aber: Beenden Sie die unsäglichen Nazi-Vergleiche! Zerschneiden Sie nicht das Band zu denen, die – wie wir – Partnerschaft mit der Türkei wollen! Respektieren Sie den Rechtsstaat, Freiheit von Medien und Journalisten! Und: Geben Sie Deniz Yücel frei!

Aber, meine Damen und Herren, machen wir es uns – auch mit Blick auf unseren eigenen Kontinent – nicht zu einfach. Die Anfechtung der freiheitlichen Demokratie findet nicht nur bei anderen statt – weit westlich und östlich der europäischen Grenzen. Die Wahrheit ist doch: Eine neue Faszination des Autoritären ist tief nach Europa eingedrungen. So sehr ich mich freue über unsere niederländischen Nachbarn, dass sie den Angriff auf ihre demokratischen Traditionen in der Wahlkabine zurückgeschlagen haben – ich finde, für übergroße Gelassenheit besteht kein Anlass!

Geht uns das was an in Deutschland? Ich denke: ja. Wir können uns nicht zurücklehnen, uns gegenseitig auf die Schulter klopfen und Noten für andere verteilen. Wir leben nicht auf einer Insel! Die weltweiten Trends wirken auch bei uns. Auch unsere Geschichte des 20. Jahrhunderts hat uns nicht immunisiert. Die Geschichte der Weimarer Demokratie – deren 100. Jubiläum wir im nächsten Jahr begehen – zeigt doch, dass die Demokratie weder selbstverständlich noch mit Ewigkeitsgarantie ausgestattet ist. Dass sie – einmal



Vereidigung von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert (re.), im Plenarsaal des Deutschen Bundestages

errungen – auch wieder verloren gehen kann, wenn wir uns nicht um sie kümmern. „Die liberale Demokratie steht unter Beschuss“, so hat es Joachim Gauck in seiner Abschiedsrede ausgedrückt. Ja, sie steht unter lautem Beschuss von Radikalismus und Terrorismus. Vom Machthunger der Autokraten, die – rund um die Welt – einer freien Zivilgesellschaft die Luft zum Atmen rauben.

Aber es gibt auch das andere, die schleichende Erosion von innen: durch Gleichgültigkeit, Trägheit und Teilnahmslosigkeit; oder wie Präsident Lammert es in der Bundesversammlung gesagt hat, die Anfechtung durch jene, die Parlamente und demokratische Institutionen nicht mehr als Ort für politische Lösungen sehen wollen, sondern als Zeitverschwendung diskreditieren – und das politische Personal gleich mit. Populisten erhitzen die öffentliche Debatte durch ein Feuerwerk von Feindbildern, laden ein zum Kampf

gegen das sogenannte Establishment und verheißen eine blühende Zukunft nach dessen Niedergang. Es gibt in Deutschland keinen Grund für Alarmismus. Das nicht. Aber ich sage mit Blick auf das, was sich da am Horizont auftut, mit ganz großer Ernsthaftigkeit: Wir müssen über Demokratie nicht nur reden – wir müssen wieder lernen, für sie zu streiten! Darum geht es.

Nun ist Streiten für Demokratie nicht Sache der Politik allein. Aber Politik muss verstehen, dass die Zeiten besondere sind: Zeiten, in denen alte Gewissheiten verschwunden und neue nicht an ihre Stelle getreten sind. Zeiten, in denen internationale Konflikte Sorgen um den Frieden und auch um die Sicherheit im eigenen Lande auslösen. Zeiten, in denen Eltern sich fragen, ob es ihren Kindern noch genau so gut gehen wird wie ihnen selbst. Wir leben in Zeiten des Übergangs. Wie die Zukunft wird, darauf gibt es nicht nur eine Antwort. Da ist Zukunft nicht alternativlos. Im Gegenteil: Die Zukunft ist offen, und sie ist überwältigend ungewiss!

Diese Offenheit, die bei den einen Hoffnung auslöst, jagt anderen Angst ein! „Wer von Angst getrieben ist, vermeidet das Unangenehme, leugnet das Wirkliche und verpasst das Mögliche“, so hat Heinz Bude geschrieben. Ich glaube auch: Der Ängstliche ist anfällig für die Lockrufe jener, die immer mit ganz einfachen Antworten zur Stelle sind. Mir scheint: Das Angebot an einfachen Antworten steigt im Wochenrhythmus. Dabei könnten wir doch wissen: Die einfachen Antworten sind in der Regel keine Antworten. Wer soll denn glauben, dass in einer Welt, die komplizierter geworden ist, die Antworten einfacher werden? Wer soll denn glauben, dass nach dem blutigen 20. Jahrhundert und den Lehren aus zwei Weltkriegen ausgerechnet die alten Muster von Abschottung und nationaler Eiferei die Welt friedlicher machen? Die neue Faszination des Autoritären, auch die in Teilen Europas, ist am Ende nichts anderes als die Flucht in die Vergangenheit aus Angst vor der Zukunft. Das kann – und das darf nicht unser Weg in diesem Land, in Deutschland, sein!

Ich kenne Weltregionen, in denen die Zukunft weit weniger gewiss ist als bei uns. Ich denke an meine letzte Begegnung mit Shimon Peres vor seinem Tod im vergangenen Jahr. Wir beide waren unterwegs zu einem Besuch der

Hebräischen Universität in Jerusalem – für mich bis heute ein ganz und gar unvergesslicher Tag! Dort in der Nachmittagssonne, unter freiem Himmel, auf dem Scopusberg waren wir zu Gast, als die stolzen Absolventinnen und Absolventen der Universität ihre Zeugnisse bekamen.

Nach der Veranstaltung standen wir mit einer kleinen Gruppe von Studenten zusammen und diskutierten, als eine junge Frau fragte: „Verehrter Shimon Peres, was wird uns die Zukunft bringen?“

Statt einer langen Antwort hat Shimon Peres ihr eine Geschichte erzählt.

„Die Zukunft“, sagte Peres, „ist wie ein Kampf zweier Wölfe. Der eine ist das Böse, ist Gewalt, Furcht und Unterdrückung. Der andere ist das Gute, ist Frieden, Hoffnung und Gerechtigkeit.“

Die junge Frau hörte zu, schaute fasziniert und fragte ganz gespannt zurück: „Und – wer gewinnt?“

Peres lächelte und sagte: „Der, den Du fütterst.“

Du hast es in der Hand! Wir haben es in der Hand! Das war seine Botschaft an die jungen Leute.

Und er hat recht: Zukunft ist kein Schicksal, dem Gesellschaften ausgeliefert sind – erst recht nicht die demokratischen! Wer, wenn nicht wir Deutsche, kann davon ein glückliches Zeugnis geben? Wer, wenn nicht wir, hat erfahren, dass nach zwei Weltkriegen Frieden werden kann; und nach Jahren der Teilung Versöhnung. Wer, wenn nicht wir, hat erfahren, dass nach der Raserei der Ideologien so etwas einkehren kann wie politische Vernunft! Es ist nicht alles gut in unserem Land, aber vieles ist bei uns geglückt – und das miteinander! Und deshalb haben wir allen Grund zuallererst zu sagen: Lasst uns bewahren, was gelungen ist in diesem Land!

Aber bewahren wird nicht genügen. Wir machen doch alle die Erfahrung: Das gerade Erreichte bleibt hinter dem Besseren zurück und immer weit



Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Deutschen Bundestag

weg von dem Erträumten. Haben wir Probleme gelöst, stellen sich bald die nächsten – oder die alten stellen sich in neuem Gewand.

Das mag den einen oder anderen frustrieren. Aber wir wissen, das Gebäude der Demokratie ist nie ganz vollständig errichtet. Demokratie ist Herrschaft auf Zeit und liefert auch nur Lösungen auf Zeit. Eine kluge Frau, eine ehemalige Kollegin aus Indien, hat mir in einem Gespräch darüber mal den tröstenden Rat gegeben: In der Rechtschreibung der Politik gibt es keinen Punkt – sondern immer nur das Komma.

Die Frage ist: Muss uns das eigentlich frustrieren? Oder ist das nicht gerade die Stärke von Demokratie? Demokratie ist die einzige Staatsform, die Fehler erlaubt, weil die Korrekturfähigkeit mit eingebaut ist. Die Stärke von Demo-

kratien liegt nicht in ihrem Sendungsbewusstsein, sondern in ihrer Fähigkeit zur Selbstkritik und zur Selbstverbesserung!

- Wo denn sonst als in der Demokratie können so unterschiedliche Interessen von Alt und Jung, Stadt und Land, Wirtschaft und Umwelt friedlich zum Ausgleich gebracht werden?
- Wo denn sonst als in der Demokratie begegnen sich Bürger unabhängig von ihrer Herkunft als Gleiche und Gleichberechtigte?
- Und wo sonst als in der Demokratie, wo Minderheiten Stimme und Gehör finden, soll uns die gewaltige Aufgabe der Integration gelingen?

Nur in der Demokratie kriegen wir das hin; das ist ihre Stärke und deshalb brauchen wir sie!

Defizite benennen, um Lösungen ringen – das ist anstrengend. Demokratie ist eine anstrengende Staatsform – und sie ist zugleich ein Wagnis: Wir trauen einander zu, uns selbst zu regieren! Herrschaft aus dem Volk, durch das Volk und für das Volk – so hat es uns ein großer amerikanischer Präsident gelehrt – ein Republikaner übrigens.

Das mag dem einen oder anderen zu idealistisch klingen. Und es ist idealistisch. Aber was dahinter steckt, das ist doch die tiefe Einsicht, dass die Flucht vor den Anstrengungen der Demokratie nicht zu besserer Politik führt. Auch und gerade nicht von denen, die von sich behaupten, im Namen des „eigentlichen Volkes“ oder der schweigenden Mehrheit zu sprechen gegen „die da oben“. Vergessen wir nicht: Nirgendwo wurde die Idee der Volksherrschaft so verheerend missbraucht wie bei uns – in eins gesetzt mit Partei, Rasse oder Gesinnung.

Demokratie kennt das Volk aber nur in seiner ganzen Vielfalt. Deshalb: Wer heute in Deutschland seinen Sorgen Luft macht und dabei ruft „Wir sind das Volk!“, der darf das gern – aber der muss auch hinnehmen, dass andere Leute mit anderen Ansichten diesen stolzen Satz genauso beanspruchen.

So wie ich das vor ein paar Monaten in Dresden gesehen habe, wo eine bunte Truppe junger Leute ein Plakat in die Höhe hielt, auf dem ganz gelassen stand: „Nö – wir sind das Volk“.

Genauso ist es! In der Demokratie tritt das Volk nur im Plural auf, und hat viele Stimmen.

Nie wieder darf eine politische Kraft so tun, als habe sie allein den Willen des Volkes gepachtet und alle anderen seien Lügner, Eindringlinge und Verräter. Und deshalb ist meine Bitte: Wo immer solche Art von Populismus sich breit macht – bei uns im Land oder bei unseren Freunden und Partnern –, da lassen Sie uns gemeinsam vielstimmig dagegenhalten!

Wir navigieren in unbekanntem Gewässern, ob wir nach Osten oder Westen schauen: Wir steuern zu auf unkartiertes Gelände. Oftmals werden wir Antwort geben müssen, ohne uns an andere anlehnen zu können. Und das verlangt Selbstbewusstsein.

Aber noch viel mehr verlangt es Mut! Mut nach vorn in Richtung Zukunft zu denken – nicht darauf zu hoffen, die Antworten in der Vergangenheit zu finden. Mut, unsere Geschicke selbst in die Hand zu nehmen – ohne den Kaiser oder den „großen Bruder“ oder selbsternannte „starke Männer“. Mut ist das Lebenselixier der Demokratie – so wie die Angst der Antrieb von Diktatur und Autokratie ist. Und deshalb: Die Staatsform der Mutigen – das ist die Demokratie!

Die Demokratie braucht Mut auf beiden Seiten – auf der Seite der Regierten ebenso wie auf der Seite der Regierenden. Denn nur wer selber Mut hat, kann auch andere ermutigen, und nur der kann Mut erwarten. Politik tut sich keinen Gefallen, wenn sie über Sorgen der Menschen, über politische Fehlentwicklungen, über offene Fragen nicht ebenso offen redet. Wir leben in hoch politischen Zeiten. Das verlangt den Mut, zu sagen, was ist – und: was zu tun ist!

- Wie gelingt Integration? Wie, lieber Herr Gauck, bringen wir das überein: unser weites Herz und die endlichen Möglichkeiten?

- Wie erneuern wir das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung, das mich persönlich und eine ganze Generation auf den Weg gebracht hat?
- Wie erhalten wir Hoffnung dort, wo im Dorf Schule, Arzt, Friseur, Tankstelle längst geschlossen sind und jetzt auch noch die letzte Busverbindung gekappt wird?
- Wie schaffen wir ethische Standards – auch in der Wirtschaft –, die das Oben und Unten in der Gesellschaft verbunden halten? Damit oben nicht nach Regeln gehandelt wird, die von den Menschen als unanständig empfunden werden. Wo Abfindungen und Bonuszahlungen nur noch „Fassungslosigkeit“ bei den Menschen hervorrufen – hat gerade eben in der ZEIT einer der deutschen Wirtschaftsführer geschrieben –, sollten wir die Debatte darüber nicht „vorschnell als Neiddebatte abtun“.

Und ich finde, recht hat er. Es geht um das gemeinsame Interesse, dass Vertrauen in unsere wirtschaftliche und politische Ordnung nicht durch das Handeln weniger insgesamt Schaden nimmt.

Der Bundespräsident hat dazu keine Vorschläge zu machen. Aber die lebendige Debatte darüber braucht die Gesellschaft! Führen wir sie nicht, dann – sage ich voraus – werden Populisten unterschiedlicher Couleur sie am Ende gegen die Demokratie wenden! Deshalb sind wir alle miteinander gefragt.

Dafür brauchen wir eine Kultur des demokratischen Streits. Selten werden wir alle derselben Meinung sein. Umso wichtiger ist, dass wir das gemeinsame Fundament von Demokratie pflegen, aber die Auseinandersetzung über Ideen, Optionen und Alternativen nicht scheuen. Wir brauchen das Dauergespräch unter Demokraten – wo nötig auch kontrovers. Die tägliche Selbstbestätigung unter Gleichgesinnten, die bringt uns nicht weiter. Bevor wir uns daran gewöhnen, nur noch mit denen zu reden, die gleicher Meinung sind, sage ich: Warum nicht mal mit denen sprechen, die Facebook uns nicht als Kontakt vorschlägt? Warum nicht überhaupt mal den Blick vom Smartphone heben und ins wirkliche Leben schauen?

Ich will, dass diese Gesellschaft miteinander im Gespräch bleibt. Der Raum der Demokratie: das ist einer, in dem viele zu Wort kommen müssen, ja – in dem es aber auch ein paar geben muss, die zuhören. Ich will, dass wir uns rauswagen aus den Echokammern, auch aus mancher Selbstgewissheit der intellektuellen Ohrensessel. Und erst recht raus aus der Anonymität des Netzes, wo die Grenze zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen immer mehr schwindet, wo eine Sprache aggressiver Maßlosigkeit herrscht und täglich neue Erregungswellen erzeugt. Und vor allem will ich eines: dass wir in Deutschland festhalten an dem Unterschied von Fakt und Lüge. Wer das aufgibt, der rührt am Grundgerüst von Demokratie!

Vor einigen Monaten fragte mich ein prominentes Mitglied dieses Hauses – wohlgermerkt ganz wohlwollend: „Herr Steinmeier, nach so vielen Jahren in der Politik – können Sie da eigentlich neutral sein?“ Die ehrliche Antwort ist: Nein, ich bin nicht neutral. Überparteilich ja, wie es das Amt verlangt. Aber ich glaube, neutral darf ich gar nicht sein, wo es um das Grundsätzliche geht. Deshalb sage ich Ihnen: Ich werde parteiisch sein – parteiisch, wenn es um die Sache der Demokratie selbst geht!

Partei ergreifen werde ich auch für Europa! Und ich freue mich über die vielen, vor allen Dingen jungen Menschen, die in diesen Tagen auf die Plätze gehen und uns den Puls von Europa wieder spüren lassen! Die, die sich da versammeln, erinnern uns daran, wie viel gerade wir Deutsche dem vereinten Europa zu verdanken haben: die Rückkehr unseres Landes in die Weltgemeinschaft; Wiederaufbau, Wachstum; Wohlstand. Und vor allem: 70 Jahre Frieden! Das verdanken wir den Müttern und Vätern Europas, die nach 1945 den Mut hatten, die richtigen Lehren aus Jahrhunderten von Kriegen zu ziehen.

Mut zu Europa – den brauchen wir wohl auch heute. Es stimmt ja: Europa ist weit entfernt davon, perfekt zu sein. Das wissen wir auch nicht erst seit dem Brexit. Wir dürfen nicht schönreden, was schlecht läuft. Und selbstverständlich ist dringend Zeit für mutige Reformen. Dabei muss vielleicht auch nicht jedes Detail des institutionell verfassten Europas mit Zähnen und Klauen verteidigt werden.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Elke Bűdenbender (li.) im Austausch mit Bundespräsident a. D. Joachim Gauck (re.) und Daniela Schadt (2 v. re.)

Aber denen, die heute meinen: „Ach, ich habe dieses Europa őrber – lieber zurůck hinter die vertrauten Butzenscheiben der Nation“, denen sage ich: Das ist zu einfach, und das ist der falsche Weg! Jean-Claude Juncker hat jűngst gesagt: „Wir haben nicht das Recht, gegeneinander patriotisch zu sein.“ Und ich sehe es genauso: Aufgeklārter Patriotismus und Einstehen fűr Europa, das geht Hand in Hand. Denn – auch wenn wir es nicht so nennen, meine Generation – fűr viele unserer Kinder ist Europa lāngst ein zweites Vaterland geworden! Deshalb lassen Sie uns gemeinsam Partei ergreifen – fűr ein besseres Europa, eines, das fűr die politische Freiheit steht, das sein Gewicht einsetzt fűr eine friedlichere und gerechtere Welt, fűr gute Nachbarschaft.

Dafűr will auch ich gerne streiten und das mit műglichst vielen von Ihnen! All die Mutigen, all die, die Partei ergreifen fűr die Demokratie, werden jedenfalls

den Bundespräsidenten dabei an ihrer Seite wissen. Meine Antrittsbesuche in unseren Bundesländern werden eine Deutschlandreise ganz besonderer Art sein: Ich will an die Orte der deutschen Demokratie gehen – und vor allen Dingen hin zu den Menschen, die sie leben und beleben – die, um auf Shimon Peres zurückzukommen, dem guten Wolf das Futter geben!

Ich will zu denen, die nach ihrem wohlverdienten Feierabend in Gemeinderäten um das Schwimmbad oder die Bücherei in der Nachbarschaft ringen; ich will zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen, die auf den Märkten der Welt bestehen müssen, aber zugleich Verantwortung für ihre Mitarbeiter, für ihre Stadt, für ihre Region zeigen; zu den Betriebsräten, die geholfen haben, dass Unternehmen auch Krisenjahre überstehen und die darauf achten, dass es fair zugeht im Betrieb; zu denen, die in Kindergärten vorlesen oder im Hospiz Sterbende begleiten. Und wenn ich allein alle diejenigen, die sich bis zur Erschöpfung für Flüchtlinge engagiert haben, mit einem Orden auszeichnen wollte – das würde ich gern, glauben Sie es mir –, dann wäre allerdings jetzt schon klar, womit ich die nächsten fünf Jahre vollauf beschäftigt bin.

Doch das muss ich gar nicht. Denn wenn ich mit Feuerwehrleuten, Rot-Kreuz-Helfern, Jugendtrainern oder Kirchenvertretern spreche: Die warten nicht auf Orden. Sondern die sagen mir: „Worum’s geht, ist nicht, was Du für Dich selber rausholst, sondern das, was Du für andere reingibst!“

Und das sagt nicht nur einer oder zehn oder eine Minderheit, es sind viele Millionen in unserem Land, die sich um mehr kümmern als nur sich selbst; die Verantwortung übernehmen für die Nachbarschaft, das Dorf, die Region; die helfen, wo Hilfe nötig ist. Nichts ist wertvoller als das, und das macht mich so stolz auf unser Land und seine Menschen. Und weil das einzigartig ist und uns von vielen anderen Ländern unterscheidet, bin ich mir eben so sicher, dass wir den Stürmen der Zeit trotzen und unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft schenken werden!

1949, am Tag, als unsere Verfassung in Kraft trat, sagte Theodor Heuss: „Mit dem Grundgesetz ist ein ganz kleines Stück festen Bodens für das deutsche

Schicksal geschaffen.“ Heute ist dieses Grundgesetz ein breites Fundament für das wiedervereinigte Deutschland.

1969 sagte Gustav Heinemann: „Wir stehen erst am Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte. [...] Freiheitliche Demokratie muss endlich das Lebenselement unserer Gesellschaft werden.“ Heute ist sie uns ganz und gar selbstverständlich geworden.

1990, im Jahr der Einheit, sagte Richard von Weizsäcker: „Nun gilt es, in der Freiheit zu bestehen. Das ist schwer.“ Heute setzen andere, die anderswo in Unfreiheit leben, ihre Hoffnungen in uns.

Welch ein weiter, welch ein erstaunlicher Weg! Ist es nicht eigentlich ganz wunderbar, dass unser Land, ein Land mit dieser Geschichte, zu einem Anker der Hoffnung in der Welt geworden ist? Und ist es nicht ein unschätzbares Glück, dass wir – unsere Generationen – das erleben dürfen?

Wer also, wenn nicht wir, ist gefragt, mutig für die Demokratie zu streiten, wenn sie heute weltweit angefochten wird! Das ist der Mut, von dem ich spreche, das ist der Mut, den wir brauchen! Keinen Kleinmut – dafür gibt es keinen Grund. Keinen Hochmut – davon hatten wir in Deutschland genug. Sondern den tatkräftigen, den lebenszugewandten Mut von Demokraten – den brauchen wir!

Herzlichen Dank.

Frank-Walter Steinmeier

„We must learn to stand up for democracy once again”

Speech following the swearing-in ceremony in the
German Bundestag on 22 March 2017



Der Bundespräsident

Joachim Gauck, you yourself have felt the wave of affection that has washed around you on your farewell trips and appearances in recent days. And the words of farewell that you have just spoken served as an impressive reminder to the German people that you have left a profound mark on the office of the Federal President and you have championed a republican, an enlightened sense of pride for our entire country. If there was anyone out there who still did not know what the Federal President stands for under our constitution – then you showed them during your time in office – with wisdom and with charm! You embodied and promoted the unity of the country, including all that our society stands for and is respected for around the world: freedom and democracy, the rule of law and human rights.

Mr Gauck, at your election five years ago, you proclaimed to this plenary chamber: “What a beautiful Sunday!” With everything that you have done for our country together with Daniela Schadt, allow me to say, as you take your leave: “What a nostalgic Wednesday!” All of us would like to express to both of you our deep gratitude, and this gratitude will remain.

However, it is not only our gratitude that will remain. Defending freedom, the rule of law and human rights – this task remains too. Even more so at a time when old certainties are being shaken. Many are wondering: how firm are the foundations of democracy? Does the West have a future as a model? Where is Europe headed?

Our gaze is fixed on the elections in France, on Russia and the US – but especially on Turkey right now. A great deal is at stake for Turkey, and also for Turkey’s relations with us.

We are trying not to pass judgement too readily. Those who travelled to Turkey 30 years ago saw an underdeveloped country. The people were poor and millions left their homes in search of work across Europe. Today, Turkey is a different country. It has enjoyed a phase of economic development and reform and – as I do not believe anyone would dispute – a period of drawing closer to Europe. We Germans have acknowledged and supported all of this. We even

felt a very special affinity with the path that Turkey trod over two decades – also because of the many people of Turkish origin who live and work in Germany and who call this country their home.

As this is the case, we are not approaching the Turkey of today with arrogance or condescension. We are aware of Turkey's situation in the neighbourhood of the major crisis regions of Iraq and Syria. We condemn the attempted military coup last summer. However, our gaze is also filled with concern that everything that has been built up over years and decades is collapsing. This concern is the reason for my appeal: President Erdoğan, do not jeopardise what you yourself have built up along with others! Credible signs of détente are welcome. But stop the unspeakable Nazi comparisons! Do not sever the ties with those – like us – who want a partnership with Turkey! Respect the rule of law, the freedom of the media and journalists! And set Deniz Yücel free!

However, ladies and gentlemen, we should avoid the temptation – also with regard to our own continent – to pass quick judgements. Attacks on liberal democracy are not just taking place elsewhere – far to the west and east of Europe's borders. The truth is that a new fascination for authoritarianism has penetrated deep into Europe. As much as I am delighted that our Dutch neighbours fought back the attack on their democratic traditions at the ballot box, I believe it is important not to be complacent.

Does this have anything to do with us in Germany? I think it does. We cannot sit back, pat each other on the back and award marks to others. We do not live on an island. Worldwide trends have an impact on us too. Our 20th century history has not made us insusceptible to them. The history of the Weimar democracy – the centenary of which we will be celebrating next year – shows that democracy is neither something to be taken for granted nor does it come with a guarantee for all time. It reminds us that democracy – once achieved – can also be lost again if we fail to look after it.

“Liberal democracy is under fire,” is how Joachim Gauck put it in his farewell speech. Yes, it is under heavy fire from radicalism and terrorism. Under fire

from power-hungry autocrats who – around the world – are making it increasingly difficult for a free civil society to breathe.

However, there is the other side of the coin, which is the creeping erosion from within – fuelled by indifference, inertia and apathy; or as Mr Lammert said at the Federal Convention, challenges from those who no longer want to view parliaments and democratic institutions as a place for achieving political solutions, but who dismiss them as a waste of time – and the politicians into the bargain.

Populists are inflaming the public debate with a panoply of enemy stereotypes. They are encouraging people to join the fight against the so-called establishment and promising a bright future after its demise. There is, to be sure, no reason to succumb to alarmism in Germany. However, in view of what is looming on the horizon, allow me to say the following with all due seriousness: we must not only talk about democracy – we must learn to stand up for it once again. That is the task we must tackle.

Standing up for democracy is not just the purview of politicians. But politicians must understand that these times are different. These are times in which old certainties have disappeared and new ones have not replaced them – times in which international conflicts are giving us cause for concern about peace and also cause for concern with respect to security in our own country. Times in which parents are asking themselves whether their children will prosper as much as they have. We are living through a period of transition. There is no one single answer to the question as to what the future will look like. The future is not something without any alternative. On the contrary, the future is open and it is overwhelmingly uncertain.

While this openness is a reason for hope for some, it is bound up with fear for others. “Those who are driven by fear avoid what is unpleasant, deny what is reality and forfeit what is possible,” or so Heinz Bude wrote. I also believe that those who live in fear are susceptible to the calls of those who are always on hand to offer simple answers. I have the impression that the range of simple

answers is expanding week on week. And yet we should really know by now that the simple answers are generally no answers at all. Is there anyone out there who really thinks that, in a world that has become more complicated, the answers are becoming simpler? Is there anyone out there who really thinks that, after the bloody 20th century and the lessons from the two World Wars, the old models of isolation and nationalist zeal make the world a more peaceful place? When all is said and done, the new fascination with authoritarianism, also in parts of Europe, is nothing but a flight into the past borne of a fear of the future. This cannot – and must not – be the path that we take in this country, in Germany.

I know regions of the world where the future is much less certain than it is here. I am thinking of my last meeting with Shimon Peres before his death last year. We were both on our way to visit the Hebrew University in Jerusalem – a day which, to this very day, I have not forgotten. Sitting in the afternoon sun, in the fresh air, on Mount Scopus we watched the proud graduates receiving their degrees.

After the ceremony we were standing with a small group of students having a discussion when a young woman asked: “Mr Peres, what does the future hold in store for us?”

Instead of a long answer, Shimon Peres told her a story.

“The future”, Peres said, “is like a fight between two wolves. One is evil. It represents violence, fear and oppression. The other is good. It represents peace, hope and justice.”

The young woman listened with a look of fascination and asked with great interest: “And ... which one will win?” Peres smiled and said: “The one you feed.”

It is up to you. It is up to all of us. That was his message to these young people. He is right: societies are not at the mercy of an uncertain future – most definitely not democratic societies.

Who if not us Germans are fortunate enough to be able to testify to that? Who if not us knows from experience that peace can evolve in the aftermath of two World Wars; that years of division can be followed by reconciliation? Who if not us knows from experience that the mania of ideologies can be replaced by some kind of political reason? Not everything in our country is good but we have achieved much – and we have done so by working together. First of all, we therefore have every reason to say: let us preserve what we have achieved in this country.

However, this will not be enough. For all of us have seen that what we have just achieved falls short of what is better and is always far removed from what we were hoping for. Once we have solved problems, new ones emerge – or the old ones reappear in a new guise. That may be frustrating for some. However, we know that democracy is never completely finished. Democracy endows temporary power and only provides temporary solutions. A wise woman from India, a former colleague, once gave me the following comforting advice in the course of our conversation: there is no full stop in the spelling of politics, rather there is always only a comma.

The question is: should we find that frustrating? Or is this not actually democracy's strength? Democracy is the only system of government which allows mistakes because the ability to correct them is an integral part of democracy. The strength of democracies is not their sense of mission but their capacity for self-criticism and self-improvement.

- Where else but in a democracy can the different interests of young and old, town and country, industry and the environment, be peacefully reconciled?
- Where else but in a democracy do citizens come face to face as equals and with equal rights regardless of their background?
- And where else but in a democracy, where minorities have a voice and are heard, can the huge task of integration be tackled successfully?

We can only achieve this in a democracy; that is its strength and that is why we need it.

Pointing out shortcomings and striving for solutions – that is hard work. Democracy is a trying system of government – and, at the same time, it is a bold undertaking: we trust each other to govern ourselves. Government of the people, by the people, for the people – that is what a great American President once taught us – a Republican, by the way.

That may sound too idealistic to some people. And it is idealistic. However, it stems from the profound insight that running away from the hard toil which democracy involves does not lead to better policies. Especially when it comes to the policies of those who claim to be speaking on behalf of the “real people” or of the silent majority against “those at the top”.

Let us not forget that nowhere was the idea of government by the people abused with such catastrophic consequences as in our country – where it was equated with a party, race or ideology.

Democracy, however, recognises the people only in all its diversity. Therefore, anyone in Germany today who wants to express their concerns and shout out “We are the people!” is entitled to do so. However, they have to accept that other people with other views have just as much right to claim this proud slogan. For example, the lively mix of young people I saw a few months ago in Dresden holding up a banner simply proclaiming: “Nope – we are the people.”

And how right they are. In a democracy, the people is made up of many individuals and has many voices.

Never again should a political force pretend that it alone represents the will of the people and that all others are liars, intruders and traitors. I therefore urge you to ensure that wherever such forms of populism spread – whether in our own country or amongst our friends and partners – we all speak out together.

We are navigating unknown waters; whether we look to the east or to the west: we are heading towards uncharted territory. Often we will have to give answers without being able to rely on others. That will require self-confidence.

Even more, however, it will require courage! The courage to think ahead to the future – and not to hope to find the answers in the past. The courage to take our fate into our own hands – without an emperor or a “big brother” or self-styled “strong men”. Courage is the lifeblood of democracy – just as fear is the fuel of dictatorship and autocracy. That is why democracy is government for the courageous.

Democracy needs courage on both sides – on the side of the governed and on the side of those governing. For only those who have courage themselves can encourage others and expect them to show courage. Politicians are doing themselves no favours if they do not talk openly about people’s concerns, about negative political developments, about unresolved issues. We are living in very political times. That requires the courage to say what is what and what has to be done.

- How can integration be achieved successfully? How, Mr Gauck, can we reconcile our big hearts and our finite capabilities?
- How can we renew our pledge of upward mobility through education, which helped me personally and a whole generation to get on in life?
- How do we maintain hope in those villages where the school, doctor, hair-dresser and petrol station have long since closed and now the last bus service is being axed?
- How do we create ethical standards – also in the private sector – which hold together those at the top and those at the bottom of society? So that the top does not act in accordance with rules which people regard as improper or unfair. When severance payments and bonuses provoke only “disbelief” among ordinary people – as a leading representative of the

German business community wrote recently in DIE ZEIT – we should not be so quick to dismiss the discussion “as an envy debate”.

And I believe he is right. We are talking about our common interest in ensuring that confidence in our economic and political order as a whole is not shaken due to the actions of a few.

It is not the Federal President’s job to make suggestions on this. But society needs a lively debate on these issues. I believe that if we do not have this debate then populists of all shades will take hold of it and use it against democracy. Therefore, we all have to play our part.

That is why we need a culture of democratic debate.

We will rarely all share the same opinion. It is therefore all the more important that we take good care of our common basis of democracy, without being afraid to argue about ideas, options and alternatives. We need ongoing discussion among democrats – where necessary heated discussion. Daily confirmation of our own opinions from like-minded peers is of no use. Before we get used to only talking to those with the same opinions, I say: why not talk to the people Facebook does not suggest as contacts for a change? Why not drag our gaze away from our smartphones and take a look at real life?

I want this society to keep its communication channels open. The space of democracy is one in which many voices need to be heard, and indeed, which should also contain a few people who are prepared to listen. I want us to have the courage to venture out of our echo chambers, and to move away from some of the self assuredness of our intellectual armchairs. And to move right away from the anonymity offered by the internet, where the dividing line between the utterable and the unspeakable is gradually disappearing, and a language of uncontrolled aggression prevails, generating new waves of agitation on a daily basis. Above all, I want us in Germany to keep a firm hold on the difference between facts and lies. Anyone who dispenses with that shakes the very foundations of democracy.

Some months ago, a prominent member of this House – admittedly with the best of intentions – asked me: “Mr Steinmeier, after so many years in politics, can you really be neutral?”

The honest answer is this: no, I am not neutral. Yes, I can look beyond party lines, as this office demands. But I believe I cannot afford to be neutral when fundamental principles are at stake. That is why I say to you that I intend to be partisan – partisan for the cause of democracy.

I will also take a stand for Europe. I am delighted to see the many, most of all young, people who in recent days have been going out on to the streets and taking a stand for Europe.

Those gathering in the streets remind us of the extent to which we Germans in particular are indebted to a united Europe: our country’s return to the fold of the international community, reconstruction, growth and prosperity. And above all: 70 years of peace. We owe all of this to the mothers and fathers of Europe who after 1945 had the courage to learn the right lessons from centuries of wars.

We need courage to stand up for Europe again today. It is true that Europe is far from being perfect. We knew that long before Brexit. We should not gloss over what is going badly. And of course it is high time for bold reforms. Perhaps it is not necessary to defend tooth and nail every detail of the constitutional institution that is Europe.

But to those who say today: “Oh, I’ve had enough of this Europe – let’s go back and hide behind the familiar thick glass panes of nationalism,” I say in response: that is too simple, and it is the wrong road to take. Jean-Claude Juncker recently said that we do not have the right to use patriotism against one another. And that is how I see it too: enlightened patriotism and support for Europe go hand in hand. For even if my generation does not use the term: for many of our children, Europe has long been a “second fatherland”. For this reason, let us speak out with one voice – for a better Europe, a Europe that

stands for political freedom; that uses its clout to bring about a more peaceful and just world; that fosters good neighbourliness. I, too, want to stand up for this goal – with as many of you as possible.

All those who show courage, all those who speak out for democracy will know that the Federal President is on their side. My first visits to our Länder in my new role will take the form of a very special tour of Germany: I intend to visit the sites of German democracy – and above all the people who inhabit them and breathe life into them – the people who, to refer back to Shimon Peres, feed the good wolf.

I want to meet the people who, after leaving work for a well-earned rest, fight in their local councils to preserve swimming pools or libraries in their neighbourhoods. I want to visit the small and medium-sized enterprises that have to hold their own on international markets but at the same time shoulder responsibility for their employees, their home towns and regions. I want to meet the members of works councils who have helped enterprises to survive the years of crisis and who strive to ensure that company staff are treated fairly. And I want to get to know the people who read to children in nurseries or care for the dying in hospices. And if I wanted to give medals just to all those who have worked themselves into the ground looking after refugees – and believe me, I would like to – then I would know now what I would be busy doing for the next five years.

But I do not have to. Because when I speak to members of the fire brigade, members of the Red Cross, youth trainers or representatives of the church, they tell me that they are not expecting medals. No, they tell me: “We’re not bothered about what we get out of it for ourselves, it’s about what we can put in for others.”

And it is not just one individual or ten or a minority. No, there are many millions of people in our country who are concerned about more than just themselves; who take responsibility for their neighbourhood, their village, their region; who provide help where help is needed. There is nothing more precious than

that, and that makes me so proud of our country and its people. And because this is something unique which distinguishes us from many other countries, I am also convinced that we can weather the storms we encounter and provide our children with a worthwhile future.

In 1949, on the day our constitution entered into force, Theodor Heuss declared: "With the Basic Law, a very small piece of firm ground has been created to shape Germany's destiny." Today, this Basic Law constitutes a broad foundation for the reunified Germany.

In 1969, Gustav Heinemann said: "We are right at the beginning of the first really free period in our history. [...] It is high time that liberal democracy became the vital element of our society." Today it is something we take entirely for granted.

In 1990, the year of unification, Richard von Weizsäcker said: "Now we have to master the task of existing in freedom. That is the challenge." Today, others who live under oppression elsewhere have placed their hopes in us.

What a long, what an amazing journey! Is it not wonderful that our country, a country with this history, has become an anchor of hope in the world? And is it not an unfathomable privilege that we – our generations – are able to experience this?

Who else, then, if not us, is called upon to take a courageous stand for democracy when it is now being challenged throughout the world. That is the courage I am speaking of, that is the courage we need. Not faint-heartedness – there is no cause for that. Not arrogance – we have seen enough of that in Germany. Instead, the active life-affirming courage of democrats – that is what we need!

Thank you very much.

Impressum / Imprint

Herausgeber / Publication

Bundespräsidialamt / Office of the Federal President
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Press and Public Relations
Spreeweg 1
10557 Berlin
www.bundespraesident.de

Redaktion / Editing

Britta Geithe
Bundespräsidialamt / Office of the Federal President
Die Rede des Bundespräsidenten ist redaktionell
bearbeitet wiedergegeben.
The Federal President's speech is reproduced
in edited form.

Satz & Gestaltung / Typesetting and design

haas images, Berlin

Bildnachweis / Photographs

Steffen Kugler – Titel, S. 13
Sandra Steins – S. 5, 8
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung /
Press and Information Office of the Federal Government

Übersetzung / Translation

Language Services Division, Federal Foreign Office

Druck / Printing

Druckhaus Berlin-Mitte

Berlin, April 2017

